

No. 57.

ALLEMAGNE ET AUTRICHE

Arrangement et protocole conclus
entre l'Allemagne et l'Autriche
concernant le règlement de cer-
taines questions financières, signés
à Munich le 1^{er} septembre 1920.

GERMANY AND AUSTRIA

Agreement and protocol concluded
between Germany and Austria for
the settlement of certain financial
questions, signed at Munich, on
September 1, 1920.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 57. — DEUTSCH - ÖSTERREICHISCHES ÜBEREINKOMMEN
ZUR REGELUNG GEWISSER FINANZIELLER FRAGEN. UNTER-
ZEICHNET IN MÜNCHEN DEN 1. SEPTEMBER 1920¹.

*Texte officiel allemand communiqué par le Mi-
nistre des Affaires Etrangères d'Allemagne.
L'enregistrement de l'arrangement et protocole
susmentionnés a eu lieu le 20 novembre 1920.*

*German official text forwarded by the German
Minister for Foreign Affairs. The registration
of the above-mentioned arrangement and proto-
col took place on November 20, 1920.*

Zwischen Vertretern der Deutschen und Österreichischen Regierung ist zur Regelung ge-
wisser finanzieller Fragen folgendes vereinbart worden :

I.

Die Österreichische Regierung erklärt, dass sie die in ihrem Staatsgebiete bestehenden Sperren
über bewegliche Vermögenswerte deutschen Reichsangehörigen gegenüber nach folgenden Grund-
sätzen aufheben wird :

1. Die Freigabe wird allen deutschen Reichsangehörigen, die am 16. Oktober 1920 keinen
Wohnsitz in Österreich haben und bis zu diesem Zeitpunkt einen dahingehenden Antrag gestellt
haben, gewährt werden. Der Antrag kann durch die Depotstelle eingereicht werden. Die Voraus-
setzungen für die Freigabe (Deutsche Reichsangehörigkeit, mangelnder Wohnsitz in Österreich)
sowie das Eigentumsverhältnis hinsichtlich der in Frage stehenden Vermögenswerte sind darzu-
tun. Für die Erledigung dieser Anträge wird tunlichste Beschleunigung zugesichert. Sie soll in
der Regel innerhalb eines Monats erfolgen. Das Vorliegen der Voraussetzungen kann auch durch
eine vor einer deutschen Behörde abgegebene eidesstattliche Erklärung dargetan werden. Für
diese Fälle wird die Österreichische Regierung ein besonderes beschleunigtes Freigabeverfahren
vorsehen.

Der Freigabeantrag wird, wenn die Anmeldung der Vermögenswerte im Sinne der bestehenden
Vorschriften noch nicht erfolgt ist, ohne die mit dieser Versäumnis verbundenen Nachteile als
rechtmässige Anmeldung behandelt werden.

2. Im übrigen werden alle zur Sicherung der Vermögensabgabe noch etwa bestehenden Sperren
bereits ordnungsgemäss angemeldeter Vermögenswerte aufgehoben werden, sobald die Behörde
Kenntnis davon erlangt, dass der Eigentümer nach seinen persönlichen Verhältnissen im Sinne
der §§ 9 und 11 des Gesetzes vom 21. Juli 1920 über die einmalige grosse Vermögensabgabe (Staats-
gesetzbl. Nr. 371) der Abgabe nicht unterliegt.

3. Gegenüber Reichsdeutschen, die nicht unter die Bestimmungen der Ziffern 1 und 2 fallen,
wird die österreichische Regierung die Sperre zur Sicherung der Vermögensabgabe auf das durch

¹ a) Voir renvoi Traité 47, page 60, vol. 2, N° 1.

b) Jusqu'au moment de la publication de ce
numéro du « Recueil des Traités » aucune notifica-
tion relative à l'échange des ratifications sur cet
arrangement n'est parvenue au Secrétariat.

¹ a) See note Treaty 47, page 60, vol. 2, N° 1.

b) Up to the moment of publication of this
number of the "Treaty Series" the Secretariat
of the League of Nations has not received any
notification of the exchange of ratifications of this
agreement.

den Einzelfall gebotene Mass beschränken, insbesondere sie dort aufheben, wo nach der Person oder nach dem sonstigen inländischen Vermögen des Abgabepflichtigen eine Gefährdung der Vermögensabgabe nicht zu besorgen ist.

4. Die in Österreich freizugebenden Wertpapiere werden vor der Freigabe unbeschadet der unter II, Ziffer 2 und 3 aufgeführten Bestimmungen mit der österreichischen Kontrollbezeichnung versehen. Auf Wunsch des Eigentümers kann diese Kontrollbezeichnung unterbleiben, doch sind die Wertpapiere in diesem Falle in Österreich nicht verkehrsfähig.

5. Die in Österreich bestehenden Vorschriften über die Behandlung der auf alte österreichisch-ungarische Kronen lautenden Geldforderungen werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt. Die Abhebung, Verwertung und Ausfuhr ungestempelter österreichisch-ungarischer Kronen kann jederzeit ohne irgendeine Beschränkung erfolgen.

6. Unberührt von den vorstehenden Bestimmungen bleiben ferner die Massnahmen auf Grund des österreichischen Gesetzes vom 4. Juli 1919 (Staatsgesetzbl., Nr. 353) über die Sicherstellung ausländischer Lebensmittel und Rohstoffkredite durch Inanspruchnahme von in privatem Besitz befindlichen Goldmünzen und ausländischen Wertpapieren. Soweit anderen als Angehörigen des ehemaligen österreichischen Staates allgemeine Erleichterungen in dieser Hinsicht gewährt werden, kommen diese in gleicher Weise den deutschen Reichsangehörigen zugute.

II.

Die österreichische Regierung wird hinsichtlich der Freigabe von Schuldverschreibungen einschliesslich der Krieganleihen des ehemaligen österreichischen Staates, die sich im Eigentum von deutschen Reichsangehörigen befinden und in Oesterreich der Sperre unterliegen, wie folgt verfahren :

1. Die Schuldtitel der hypothekarischsichergestellten Vorkriegsschulden des ehemaligen österreichischen Staates werden mit der österreichischen Kontrollbezeichnung versehen und freigegeben. Hinsichtlich des Verzichts auf die Kontrollbezeichnung finden die Bestimmungen unter I, Ziffer 4, Anwendung.

2. Die hypothekarisch nicht sichergestellten und gesperrten Schuldverschreibungen des ehemaligen österreichischen Staates (Art. 203, Ziffer 2 des Vertrags von St-Germain) unterliegen nicht der Kontrollbezeichnung, sondern werden nach Vornahme der in der Anlage zu Art. 203 des Vertrages von St. Germain vorgesehenen Abstempelung freigegeben. Die österreichische Regierung ist bereit, auch vor der Abstempelung diese Schuldverschreibungen freizugeben, jedoch ausschliesslich zur unmittelbaren bankmässigen Ueberweisung nach Deutschland.

3. Die österreichische Regierung ist bereit, Krieganleihen, die sich in Oesterreich befinden, von der Sperre freizugeben und mit der Kontrollbezeichnung zu versehen, sofern sie bereits am 9. September 1919 im Eigentum eines Reichsdeutschen Angehörigen standen. Dem vorbezeichneten Eigentumsverhältnisse am 9. September 1919 steht gleich der nach diesem Termin erfolgte Erwerb seitens eines Reichsangehörigen im Erbgang von einem Reichsangehörigen oder Österreicher, bei denen die Voraussetzungen für die Anerkennung der Krieganleihe vorlagen. Die österreichische Regierung behält sich vor, den deutschen Krieganleihebesitz als altausländischen zu kennzeichnen.

Die Kontrollbezeichnung hinsichtlich des Krieganleihebesitzes jener Reichsangehörigen, welche im Gebiete eines Sukzessionsstaates ihren Wohnsitz oder dort Niederlassungen haben, kann solange aufgeschoben werden, als die Möglichkeit besteht, dass der Krieganleihebesitz auf Grund besonderer Abmachungen zwischen dem Deutschen Reiche und dem betreffenden Sukzessionsstaate von diesem übernommen wird. Die deutsche Regierung wird der österreichischen Regierung Mitteilung zukommen lassen, wenn die vorstehende Möglichkeit von ihr nicht mehr als bestehend angesehen wird. Die Ausnahme bezieht sich bei den ausserhalb Oesterreichs befindlichen Niederlassungen jedoch nur auf den auf diese Niederlassung entfallenden Anteil des gesamten Krieganleihebesitzes.

III

Die Freigabe gemäss I und II berechtigt auch zur Ausfuhr der freigegebenen Papiere.

IV

Die mit der Kontrollbezeichnung versehenen und als altausländischer Besitz gekennzeichneten Krieganleihen der deutschen Reichsangehörigen können zur Entrichtung der Kriegssteuer (Kriegsgewinnsteuer) und zur Anschaffung von Sach-Demobilisierungsgütern nach Massgabe der bestehenden Bestimmungen verwendet werden. Sie können, wenn der Eigentümer in Österreich vermögensabgabepflichtig ist, bei der Vermögensabgabe in jenem Umfange als Zahlung angenommen werden, indem der Eigentümer nach dem Gesetze zur Entrichtung in Krieganleihe berechtigt ist.

Insoweit Niederlassungen oder Tochtergesellschaften reichsdeutscher Gesellschaften nicht den erforderlichen Bestand an gekennzeichneten österreichischen Krieganleihen besitzen, können sie den Krieganleihebestand der Muttergesellschaft in Deutschland in dem in Ziffer I erwähnten Umfange als Zahlungsmittel verwenden.

V

1. Für die Einlösung der Zins- und Dividendenscheine von Wertpapieren ist bis auf weiteres die Kontrollbezeichnung nicht erforderlich.

2. Zur Auszahlung von Prämien und Treffern, zur Ausfolgung neuer Kuponbogen und zur Ausübung von Aktienbezugsrechten auf Wertpapiere, sofern diese sich am 13. März 1919 in Österreich befanden, ist die Kontrollbezeichnung erforderlich. Soweit die Wertpapiere sich am 13. März 1919 ausserhalb Oesterreichs befanden, können diese Rechte ausgeübt werden, wenn durch eine vor einer reichsdeutschen Behörde abzugebende eidesstattliche Erklärung oder durch die Bestätigung eines von der österreichischen Regierung eigens dazu bevollmächtigten Kreditinstituts dargetan wird, dass sich das betreffende Wertpapier bereits am 13. März 1919 ausserhalb Österreichs befunden hat.

VI

Die österreichische Regierung sagt zu, dass Beschränkungen hinsichtlich der Verwertung oder Ausfuhr des Gegenwertes für eingeführte Waren deutschen Reichsangehörigen gegenüber nur insoweit zulässig sind, als sie bei der Erteilung der Einfuhrbewilligung den Interessenten vorgeschrieben wurden.

VII

1. Soweit in vorstehendem Uebereinkommen von deutschen Reichsangehörigen die Rede ist, sind darunter auch juristische Personen, die im deutschen Reiche ihren Sitz haben, zu verstehen.

2. Soweit bis 16. Oktober 1920 eidesstattliche Erklärungen noch nicht in rechtsverbindlicher Form vorgelegt werden können, können sie nachgeliefert werden.

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage des Austauschs der Noten über die Genehmigung durch die beiderseitigen Regierungen in Kraft. Der Notenaustausch soll möglichst bald in Wien erfolgen.

So geschehen zu München am 1. September eintausendneunhundertzwanzig.

Gez. VON STOCKHAMMERN.

Gez. WILDNER.

Gez. Dr. RUDOLF EGGER.

PROTOKOLL

Bei Unterzeichnung des am 1. September 1920 abgeschlossenen österreichisch-deutschen Uebereinkommens zur Regelung gewisser finanzieller Fragen bestand zwischen den vertragschließenden Teilen Einverständnis darüber, dass die Bestimmung in Abschnitt IV dahin zu verstehen ist, dass, soweit Einfuhrbewilligungen überhaupt nicht erforderlich sind, die allgemeinen Bestimmungen über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande massgebend bleiben.

In doppelter Ausfertigung.

Geschehen zu München, am 1. September 1920.

Gez. VON STOCKHAMMERN.

Gez. WILDNER.

Gez. Dr. RUDOLF EGGER.

¹ TRADUCTION. — TRANSLATION.

No. 57. — ARRANGEMENT ET PROTOCOLE ENTRE L'ALLEMAGNE ET L'AUTRICHE POUR LE RÈGLEMENT DE CERTAINES QUESTIONS FINANCIÈRES, SIGNÉS A MUNICH LE 1^{er} SEPTEMBRE 1920.

No. 57. — AGRÈEMENT AND PROTOCOL CONCLUDED BETWEEN GERMANY AND AUSTRIA FOR THE SETTLEMENT OF CERTAIN FINANCIAL QUESTIONS, SIGNED AT MUNICH SEPTEMBER 1st, 1920.

Il a été convenu ce qui suit entre les représentants des Gouvernements Allemand et Autrichien pour le règlement de certaines questions financières.

With a view to settling certain financial questions, the Representatives of the German and Austrian Governments have agreed as follows :

I

Le Gouvernement autrichien déclare lever, en s'inspirant des principes suivants, les restrictions actuellement existantes dans ses territoires relatives aux valeurs mobilières qui s'appliquent aux ressortissants allemands.

1. Mainlevée sera accordée à tous les ressortissants allemands qui, à la date du 16 octobre 1920, ne possédaient pas de domicile en Autriche et qui ont déposé une demande de main-

I

The Austrian Government declares that it will raise such embargoes on securities as are at present in force within its territories, in respect of nationals of the German Reich, on the following principles :

(1) This embargo shall be raised for all nationals of the German Reich who on October 16, 1920, have no domicile in Austria, and who before that date have proffered claims to

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

levée avant cette date. La demande peut être adressée par l'intermédiaire des institutions où le dépôt des valeurs a été effectué. Il faudra présenter, avec l'exposé des raisons invoquées (nationalité allemande, absence de domicile en Autriche), une justification de propriété des valeurs en question. La liquidation des demandes sera assurée avec toute la diligence possible. Régulièrement, elle ne dépassera pas la date d'un mois. L'exposé des motifs pourra prendre également la forme d'une déclaration sous serment faite devant les autorités allemandes, auquel cas le Gouvernement autrichien procédera à la mainlevée avec une diligence particulière.

Lorsque le signalement des valeurs, conformément aux prescriptions existantes, n'aura pas encore été présenté, la demande de mainlevée sera traitée comme si le signalement avait été fait régulièrement sans qu'il puisse résulter de cette omission des conséquences dommageables.

2. En outre, toutes les restrictions destinées à assurer la perception de l'impôt sur la fortune qui subsisteraient encore seront rapportées en faveur des valeurs régulièrement signalées, dès que les autorités auront été avisées que, vu ses conditions particulières de fortune, le propriétaire n'est pas soumis à l'impôt, conformément aux paragraphes 9 et 11 de la loi du 21 juillet 1920 sur la contribution extraordinaire sur la fortune (Bulletin des Lois N° 371).

3) En ce qui concerne les Allemands du Reich qui ne tombent pas sous le coup des dispositions des Nos 1 et 2, le Gouvernement autrichien réduira les restrictions destinées à assurer la rentrée de la contribution sur la fortune, dans la mesure résultant de l'examen de chaque cas particulier; lorsque spécialement, soit en raison de la personnalité de l'intéressé, soit en raison des biens qu'il peut posséder par ailleurs en Autriche, le Gouvernement autrichien n'aura pas à redouter que la rentrée de l'impôt soit compromise.

4. Les valeurs susceptibles de mainlevée en Autriche seront, avant que celle-ci ne soit effectuée, pourvues de l'estampille autrichienne, sans préjudice des dispositions établies au paragraphe II, Nos 2 et 3. Sur demande du propriétaire, cette estampille peut être omise mais dans ce cas, les valeurs ne seront pas négociables en Autriche.

5. Les prescriptions existantes en Autriche,

this effect, such claims may be proffered through the place where the securities are deposited (Depotstelle). Proof must be furnished that the necessary conditions for this, the granting of release (German nationality, no domicile in Austria) have been fulfilled, as well as the conditions of ownership of the securities in question. These claims shall be assured of as speedy a settlement as possible,—usually within a period of one month. The fulfilment of the conditions may also be proved by a declaration made on oath in presence of a German competent authority. In such cases, the Austrian Government shall provide a specially accelerated procedure for the release of the securities.

If the notification of the securities, in accordance with the existing regulations, has not yet been made, the claim for release of the securities shall be treated as a declaration in proper form without the penalties attached to such an omission.

(2) Moreover all existing embargoes imposed on securities which have been already notified according to regulation, for the purpose of guaranteeing the Property Tax, shall be repealed as soon as the Authorities receive information that the owner, by reason of his personal circumstances, in accordance with paragraphs 9 and 11 of the Law of July 21, 1920, on the Capital Levy (State Legal Gazette No. 371) is not liable to this tax.

(3) In the case of nationals of the German Reich not included in numbers 1 and 2, the Austrian Government shall limit the application of the embargoes guaranteeing the Property Tax to such a degree as may be demanded by each individual case, and shall, in particular, raise such embargoes in cases where, having regard to the individual liable to taxation or to such other property as he possesses in the country, there is no occasion for anxiety in regard to the property tax.

(4) All bonds redeemable in Austria shall before being released be stamped with the Austrian Control Stamp without prejudice to the terms laid down in II, numbers 2 and 3. If the owner so desires, this Control Stamp may be omitted, but in this case the bonds are not negotiable in Austria.

(5) The terms above laid down shall in

concernant le régime imposé aux créances libellées en couronnes de l'ancien Etat austro-hongrois ne sont pas affectées par les dispositions précédentes. Le retrait, l'emploi ou l'exportation de couronnes austro-hongroises non estampillées, sont libres en tout temps, sans aucune restriction.

6. En outre, ne sont pas affectées par les dispositions précédentes, les mesures prises aux termes de la Loi autrichienne du 4 juillet 1919 (Bulletin des Lois N° 353) et relatives aux garanties de crédits pour vivres et matières premières, constituées au moyen de la réquisition de monnaies d'or et de valeurs étrangères détenues par des particuliers. Sous ce rapport, les ressortissants de l'Empire allemand bénéficient des mesures d'allègement générales, accordées aux ressortissants de l'ancien Etat autrichien, dans la même mesure et de la même manière.

II

Le Gouvernement autrichien procédera de la façon suivante en ce qui concerne la mainlevée des titres de dettes y compris les titres d'emprunts de guerre de l'ancien Etat autrichien, qui sont propriété de ressortissants de l'Empire allemand se trouvant sous séquestre en Autriche.

1. Les titres des obligations hypothécaires d'avant-guerre garanties de l'ancien Etat austro-hongrois seront pourvues de l'estampille autrichienne de contrôle et mainlevée en sera donnée. Ce sont les dispositions du paragraphe I, N° 4, qui sont applicables en cas de renonciation à l'estampillage.

2. Les titres de dettes non garantis par hypothèque et non séquestrés de l'ancien Etat autrichien (article 203, par. 2 du Traité de Saint-Germain) ne sont pas soumis à l'estampille, mais il en sera donné mainlevée, après mise à exécution du timbrage prévu dans l'annexe, à l'article 203 du Traité de Saint-Germain.

Le Gouvernement autrichien est prêt à donner mainlevée de ces titres de dettes, même avant le timbrage, mais exclusivement dans le cas d'envoi immédiat en Allemagne par l'entremise des banques.

3. Le Gouvernement autrichien est prêt à donner mainlevée des titres d'emprunt de guerre qui se trouvent en Autriche et à les

no way affect the regulations existing in Austria with regard to the treatment of pecuniary claims reckoned in the old Austro-Hungarian Kronen. Unstamped Austro-Hungarian crowns may be withdrawn, realised, or exported at any time without restriction of any kind.

(6) The following shall also be excluded from the above terms : All measures based on the Austrian Law of July 4, 1919 (State Legal Gazette No. 353) safeguarding foreign credits for food and raw materials by laying claim to all privately owned gold coin and all foreign bonds. General relief in this respect shall be granted to Nationals of the German Reich to the same extent as to others who are not subjects of the former Austrian State.

II

In respect of the release of such bonds, including war loans of the former Austrian State, as are possessed by subjects of the German Reich and are under embargo in Austria, the Austrian Government shall make the following provisions : |

(1) The title-deeds of such pre-war debts pertaining to the former Austrian State as were secured by mortgage, shall receive the Austrian Control Stamp and be released. If not so stamped the terms as laid down in I, No. 4, shall take effect.

(2) Bonds pertaining to the former Austrian State which are not secured by mortgage and embargoed (Art. 203, No. 2 of the Treaty of Saint-Germain) shall not be liable to the Control Stamp, but shall be released after being stamped in the manner provided for in the annex to Article 203 of the Treaty of Saint-Germain.

The Austrian Government is prepared to release these bonds even before they are stamped, but only for direct assignment through banking channels to Germany.

(3) The Austrian Government is prepared to release War Loan Bonds which are in Austria, and to mark them as registered provided that

estampiller, à condition qu'ils aient déjà appartenu, à la date du 9 septembre 1919, à des ressortissants allemands. A cet état de possession à la date du 9 septembre, est assimilée la transmission par héritage consécutivement à cette date, de tels titres, au bénéfice d'un ressortissant allemand et provenant d'un ressortissant allemand ou autrichien, dans le cas duquel on peut constater que les conditions imposées à la reconnaissance de l'emprunt ont été remplies. Le Gouvernement autrichien se réserve d'assimiler la possession de titres de l'emprunt de guerre allemand à celle d'anciens emprunts étrangers.

En ce qui concerne les titres d'emprunt de guerre possédés par des ressortissants du Reich dont le domicile ou certains établissements se trouvent sur le territoire de l'ancien Etat autrichien, l'estampillage pourra être différé, tant que subsistera la possibilité que ces emprunts de guerre soient pris en charge par l'un de ces Etats en exécution de conventions conclues entre le dit Etat et le Reich allemand. Le Gouvernement allemand informera le Gouvernement autrichien quand il jugera que cette possibilité aura disparu. Toutefois, dans le cas d'établissements situés hors d'Autriche, cette exception ne s'applique qu'à la fraction de l'emprunt de guerre qui est détenue par ces établissements.

III

La mainlevée, conformément aux paragraphes I et II, comprend également l'autorisation d'exporter ces titres une fois rendus à la circulation.

IV

Les titres d'emprunt de guerre estampillés, propriété de ressortissants allemands regardés comme propriété d'anciens étrangers, peuvent être employés au paiement des impôts de guerre (impôts sur les bénéfices de guerre) et à l'achat des stocks de liquidation, conformément aux dispositions existantes. Ils peuvent, au cas où le propriétaire est assujéti en Autriche à l'impôt sur la fortune, être acceptés en paiement dans la mesure où le propriétaire est autorisé par la loi à se libérer en emprunt de guerre.

they were the property of German Nationals on September 9, 1919. The condition as to ownership on September 9, 1919, referred to above, also applies in cases where the bonds were acquired after this date by a German National, by inheritance from a German or Austrian National, provided that evidence is forthcoming that the loan has been acknowledged. The Austrian Government reserves its right to treat property consisting of German War Loan as former alien securities.

As regards War Loan Bonds possessed by German subjects, who are domiciled within the territory of a "Succession-State" (Sukzession Staat) registration may be postponed until such time as there is a possibility that War Loan will be taken over by the Succession State in question on the basis of a special arrangement between it and the German Reich. The German Government will inform the Austrian Government, when such a possibility appears no longer to exist. In the case of branch establishments (Niederlassungen) outside Austria, this exception only applies to the proportion of the whole War Loan capital which falls to the share of the branch establishments in question.

III

Release granted under the conditions laid down in I and II also covers export of the released certificates.

IV

The War Loan Bonds belonging to German nationals, which are registered and considered as former alien property, may be used for the liquidation of the War tax (War Profits tax) and for purchase of demobilisation stocks (Sachdemobilisierungsgüter) to the extent allowed by existing regulations.

When the owner is liable to the capital levy in Austria, these bonds may be accepted as payment to the extent to which the owner is entitled, according to the law, to pay his tax in War Loan.

2. Dans le cas où les établissements ou les succursales de Sociétés allemandes ne possèdent pas la quantité exigible de titres d'emprunt de guerre autrichiens reconnus, ils peuvent employer comme moyen de paiement dans la proportion indiquée au N^o 1, le montant en emprunt de guerre détenu par le Siège Central en Allemagne.

V

1. Pour le service des intérêts et dividendes des valeurs et jusqu'à nouvel ordre, l'estampillage n'est pas exigible.

2. L'estampillage est au contraire exigible pour le paiement de primes et de lots pour la délivrance de nouvelles feuilles de coupons, pour l'exercice du droit de libération des actions, pourvu que les titres se trouvent en Autriche à la date du 13 mars 1919.

Si les valeurs ne se trouvaient pas en Autriche à la date du 13 mars 1919, ces droits pourront être exercés à la condition de fournir la preuve que ces valeurs se trouvaient être déjà, à la date du 13 mars 1919, déposées hors d'Autriche, par déclaration sous serment faite devant une autorité allemande ou confirmée par un établissement de crédit autrichien, ayant spécialement, et à cet effet, reçu pleins pouvoirs du Gouvernement.

VI

Le Gouvernement autrichien consent à ce que les restrictions, relatives à la conversion ou l'exportation de la contre-valeur de marchandises importées par des ressortissants allemands ne soient applicables que dans la mesure où elles seront établies lors de la communication aux intéressés de leur licence d'importation.

VII

1) Chaque fois que, dans cette convention, il est question de ressortissants allemands, le terme comprend également les personnes juridiques qui ont leur siège dans le Reich allemand.

2) Les déclarations sous serment qui n'auront pu être faites dans la forme régulière à la date du 16 octobre 1920, pourront être transmises ultérieurement.

(2) In cases where the branches or affiliated branches of German Companies do not possess the required amount of registered War Loan, they may make use of the War Loan in possession of the parent Company in Germany for payments, to the extent mentioned in No. 1.

V

(1.) Registration is not at present required for the redemption of interest and dividend certificates.

(2) Registration is necessary in connection with the payment of premiums and bonuses, the issue of new coupons and in the exercise of rights relating to securities, provided that the latter were in Austria on March 13, 1919.

In cases where the securities were outside Austria on March 13, 1919, these rights may be exercised if it has been shown by means of a declaration on oath, taken before an official of the German Reich, or by means of a letter of confirmation from one of the Loan Banks duly authorised by the Austrian Government for that purpose, that the securities in question were outside Austria before March 13, 1919.

VI

The Austrian Government agrees that restrictions in regard to the realization or export of the equivalents for goods imported by German Nationals may only be imposed, in so far as they were prescribed at the time of the granting of the import license to the persons concerned.

VII

(1) In so far as the above agreement affects German Nationals, it is to be understood to include legal personalities established in Germany.

(2) In cases where it has not been possible for declarations on oath to have been produced in a legally binding form before October 16, 1920, they may be bonded in at a later date.

Cette convention entre en vigueur le jour de l'échange de notes de ratifications par les Gouvernements respectifs. Les notes seront échangées à Vienne, le plus tôt possible.

This agreement comes into force on the date of the exchange of notes conveying the approval of the respective Governments. The exchange of notes is to take place in Vienna at the earliest possible date.

Fait à Munich, le 1^{er} septembre 1920.

Done at Munich, 1st September, 1920.

(Signé) VON STOCKHAMMERN.

(Signed) VON STOCKHAMMERN.

(Signé) WILDNER.

(Signed) WILDNER.

(Signé) Dr. RUDOLF EGGER.

(Signed) Dr. RUDOLF EGGER.

PROTOCOLE

PROTOCOL

En signant l'accord intervenu le 1^{er} septembre 1920 entre l'Autriche et l'Allemagne pour régler certaines questions financières, les parties intéressées ont convenu de donner à la disposition du paragraphe IV le sens suivant :

On signing the Convention concluded on September 1st, 1920, between Germany and Austria, for the purpose of settling certain financial questions, the two signatory parties agreed that the terms of Section IV were to be understood in the sense that, in cases where licenses to import are not required, the general regulations regarding cash transactions with foreign countries shall remain in force.

Sauf dans les cas où des licences d'importation peuvent être exigées, les dispositions générales relatives aux opérations de paiement avec l'étranger restent en vigueur.

Fait en double, à Munich, le 1^{er} septembre 1920.

Done in duplicate, at Munich, September 1st, 1920.

(Signé) VON STOCKHAMMERN.

(Signed) VON STOCKHAMMERN.

(Signé) WILDNER.

(Signed) WILDNER.

(Signé) Dr. RUDOLF EGGER.

(Signed) Dr. RUDOLF EGGER.